

FDP.Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern

Polizei- und Militärdirektion
Generalsekretariat
Kramgasse 20
3011 Bern

Bern, 15. April 2016

Per E-Mail an: mitberichte@pom.be.ch

Änderung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG AuG und AsylG) - Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Februar 2016 haben Sie uns ersucht zu den vorgeschlagenen Änderungen des oben erwähnten Gesetzes Stellung zu nehmen. Wir bedauern, dass unsere Stellungnahme aufgrund eines internen Fehlers erst nach der gesetzten (kurzen!) Frist eintrifft.

Wir danken der Polizei- und Militärdirektion für die Ausarbeitung der zwei Varianten. **Die FDP.Die Liberalen Kanton Bern spricht sich für die Variante A aus.** Diese führt die seit 2010 geltende Zuständigkeit des Kantons im Asylbereich fort, welche mit Ausnahme der angespannten Situation im vergangenen Jahr eigentlich gut funktionierte. Wir sind der Meinung, dass der Regierungsrat allfällige Unterbringungsprobleme schneller und konsistenter lösen kann als wenn dies durch die Regierungsstatthalter erfolgt. Zudem entscheidet der Regierungsrat nicht losgelöst und wird auch weiterhin soweit es geht auf die Bedürfnisse der Gemeinden Rücksicht nehmen.

Durch die neue gesetzliche Verankerung des frühzeitigen aktiven Einbezugs der Gemeinden sowie der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter können die im letzten Jahr aufgetretenen Unterbringungsprobleme aus unserer Sicht weitgehend vermieden werden. In angespannten Lagen soll der Kanton zudem Gemeinden dazu verpflichten können, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen bzw. kann der Kanton solche in den Gemeinden bezeichnen. Letzteres ist in beiden vorgeschlagenen Varianten vorgesehen und macht Sinn.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und

grüssen freundlich

FDP.Die Liberalen
Kanton Bern



Pierre-Yves Grivel
Kantonalpräsident



Stefan Nobs
Geschäftsführer